

*Birgit Mabnkopf*  
*Das kulturtheoretische Defizit industriesoziologischer Forschung*  
*- aus Anlaß einer Studie zum*  
*»Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise«*

*I. Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen:*  
*»Probleme mit dem Klassenkampf«*

Innerhalb kritisch orientierter Gesellschaftstheorie läßt sich heute eine Deutung gegenwärtiger Konflikt- und Krisenlagen feststellen, die bislang eher zum zeitdiagnostischen Kern konservativen Gesellschaftsverständnisses gehörte; diese mittlerweile recht verbreitete Position bewertet das Auftauchen neuer sozialer Bewegungen, insbesondere aber die spektakulären Äußerungsformen jugendlichen Protestverhaltens, mehr oder weniger explizit als Beleg dafür, daß die Arbeiterschaft als Gegenstand theoretischen Interesses, Objekt politischer Agitation und Subjekt gesellschaftlicher Veränderung zunehmend an Bedeutung verliere.

Mit Blick auf die beachtliche Distanz der westdeutschen Arbeiterschaft zu den neuen Verweigerungs-, Protest- und Widerstandsformen der Alternativ-, Ökologie- und Frauenbewegung wird inzwischen nicht mehr nur vereinzelt »Abschied vom Proletariat« genommen und das »Ende der Arbeiterbewegung« verkündet<sup>1</sup>. Immer häufiger scheinen Linke vor die Alternative gestellt, jene tiefe Verunsicherung, die von den neuen Bewegungen für ihr politisches Selbstverständnis ausgeht, so zu verarbeiten, daß sie ganz emphatisch auf eine tendenzielle Angleichung jeglichen Protest- und Gegenwehrverhaltens auf der Ebene der Äußerungsformen und Zielperspektiven dieser neuen sozialen Bewegungen vertrauen. Aus einer solchen Sicht wird die relative Distanz von Arbeitern gegenüber neuen Protest- und Politikformen als eine nur temporäre verstanden. Oder aber es wird – weil empirische Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein oder auch der unmittelbare politische Kontakt mit Arbeitergruppen eine kaum zu überbrückende Kluft zwischen sogenannten »normalen« und »subkulturellen« Milieus offenbaren – diese bewußte Abgrenzung als Ausdruck eines defizitären Bewußtseins gedeutet. Aus einer solchen Perspektive gelten dann Arbeiter als unpolitische, apathische, resignierte, gar rückständige Zeitgenossen. Politische Arbeit kann in diesem Fall, genau wie zu Zeiten der Studentenbewegung, als eine Maßnahme zur Auflösung »falschen Bewußtseins« konzipiert werden, als Aufgabe, jene – mehr oder weniger wohl begründeten – Vorbehalte von Arbeitern gegenüber der sogenannten »Alternativszene« durch Propagierung neuer Werte und Verhaltensweisen zu bekämpfen. – Eine derartige Deutungsperspektive spätkapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse korrigiert nun aber nicht allein traditionell-linke Annahmen über die politische Bedeutung der Arbeiterklasse; dadurch, daß sie das Auftauchen neuer sozialer Protest- und Widerstandsformen mit der Frage nach dem Veralten marxistischer Gesellschaftsanalysen verknüpft, revidiert sie zugleich theorie-politische Konstellationen, die seit der Studentenbewegung Debatten über den gesellschaftlichen Standort sozialwissenschaftlicher Systemkritik bestimmt haben: Mit der Fixierung an den Historischen Materialismus wird auch ein damit verknüpftes strategisch-politisches Praxisverständnis aufgegeben.

In die These von dem in der Alternativbewegung lokalisierbaren »Sprengsatz spätbürgerlicher Gesellschaften« (U. Jaeggi) sind offensichtlich drei aufeinander bezogene Argumentationsfiguren eingegangen: 1. Die Vorstellung einer quasi naturwüchsig ablaufenden »objektiven« Widerspruchsentwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von der mechanistische Marxismusinterpretationen bislang angenommen hatten, sie würde das Proletariat mit Notwendigkeit zum revolutionären Subjekt machen, wird zugunsten einer Systemanalyse korrigiert, die stärker als bisher ihr Augenmerk auf die relative Autonomie und Eigendynamik der politisch-kulturellen Sphäre richtet und damit weniger auf die Entwicklungslogik ökonomischer Verhältnisse baut. 2. Auf der Ebene empirisch informierter Überlegungen zur gesellschaftlichen Entwicklung spätkapitalistischer und insbesondere bundesrepublikanischer Sozialverhältnisse werden unterhalb der scheinbar konsensuell stabilisierten Gesellschaftsordnung soziale Differenzierungsprozesse diagnostiziert, die quer zu den politisch-ökonomisch definierten Klassenlinien verlaufen und für eine Verschiebung von Konflikthorizonten sorgen: Systemtranszendierende Widerspruchsentwicklungen und Konfliktzonen lassen sich dann entsprechend eher im Bereich normativer und motivationaler Krisen, denn im Horizont antagonistisch strukturierter Arbeitsverhältnisse vermuten. 3. Impulse für gesellschaftsverändernde Praxis werden denn auch vor allem von den Individuen und Gruppen erwartet, die sensibilisiert, marginalisiert oder privilegiert genug sind, um aus den Einpassungs- und Normalisierungszwängen der kapitalistischen Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft her austreten können: Wenn die »eigentlich produktiven Kräfte, die vernünftigen Potentiale, eher in den Verständigungs- als in den Arbeitsverhältnissen«<sup>2</sup> vermutet werden, scheint es durchaus folgerichtig, jene außerinstitutionellen Formen unmittelbarer Interessenartikulation und -durchsetzung, die sich bei den »neopopulistischen« Strömungen beobachten lassen, als Suchbewegungen in Richtung auf »post-materialistische« Werte und Tugenden (R. Inglehart), die Distanz der Arbeiterbevölkerung dagegen als Beleg für eine systemstabilisierende Haltung zu werten. Gemeinsam ist den Thesen von der »Kolonialisierung der Lebenswelt« (J. Habermas), der »negativen Vergesellschaftung« (St. Breuer), der »Armut durch Warenfülle« (A. Gorz) und der »Durchkapitalisierung und Durchstaatlichung der Gesellschaft« (J. Hirsch) neben einer Aktualisierung jener älteren Diagnose von der atomisierten und nivellierten »eindimensionalen Gesellschaft« (H. Marcuse) eine starke Konzentration auf die Bürokratisierungs- und Etatisierungssphänomene. Gemeinsam ist diesen zeitgenössischen Schlaglichtern aber schließlich auch die Einschätzung, daß, weil die Schäden, die ein »fordistischer Reproduktionszusammenhang« bewirkt, sich nicht mehr eindeutig klassenspezifisch auswirken, aktuelle soziale Konflikte mit traditionellen Vorstellungen von Klassenantagonismus und Klassenkampf kaum mehr zur Deckung zu bringen sind.

Im Grunde beinhaltet die neueste »Verabschiedung vom Proletariat« einen empirisch breit ausweisbaren Zweifel an der Fortexistenz klassenspezifischer Lebensweisen und Gesellschaftsdeutungen, beinhaltet also im Kern – ähnlich der in den 50er Jahren erhobenen Frage, ob es noch ein Proletariat gäbe – eine Aktualisierung der Verbürgerlichungsthese: Wie erstmals zu Beginn der 30er Jahre und darauf in ungleich entschiedenerer Weise im Nachkriegsdeutschland wird auch in den gegenwärtigen Diskussionen wieder von Veränderungen in den materiellen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse auf eine Einwanderung bürgerlicher Verhaltensweisen und Kulturbestände in die Lebensweise von Arbeitern geschlossen. – So wenig neu nun einerseits das soziologische Konzept der Verbürgerlichungsthese ist, so überraschend ist doch andererseits seine jüngste Aktualisierung durch

eine sozialwissenschaftliche Intelligenz, die in der Tradition der Studentenbewegung steht: Die Renaissance des Marxismus am Ende der 60er Jahre war ja aufs Engste an die Zurückweisung verschiedenster Verbürgerlichungskonzepte geknüpft, die den Klassenbegriff als Strukturprinzip gegenwärtiger Gesellschaften infrage stellten. Während aber damals affirmative Integrationsthesen mit der emphatischen Beschwörung einer revolutionären Potenz der Arbeiterklasse beantwortet wurden, so zeichnet sich die heute tonangebende linke Intelligenz durch eine geradezu umgekehrt entschiedene und über alle Maßen resignative Abkehr von der Arbeiterschaft als politischem Handlungsträger aus.

Nun vollzieht ein solcher theoretisch-praktischer Ernüchterungsprozeß sicher einen sehr notwendigen Bruch mit polit-ökonomisch verengten Marxismusrezeptionen, reflektiert er doch – dadurch, daß er das Proletariat nicht länger als historisches Subjekt konzipiert, das seine »wirklichen Bedürfnisse« nur in der politischen Bewegung einlösen kann – auf jene Differenz von klassenanalytischem Wissen und klassengeschichtlichem Lebenszusammenhang, – einer Differenz, die sich nicht länger durch logische und systematische »Vereinheitlichungen« in Kategorien sozioökonomischer Prozesse verdecken läßt. Für die nach wie vor evidente Frage, wie – diesseits aller revolutionstheoretischen Illusionen – der Emanzipationsprozeß der Arbeiterschaft gelingen kann, wird dieser Ernüchterungsprozeß aber nur dann einen Erkenntnisfortschritt auch erbringen, wenn die theorie-politische Lücke, die durch die Aufkündigung ökonomischer Gesellschaftsdeutungen sichtbar geworden ist, durch eine innovative Weiterentwicklung unorthodoxer Marxismustraditionen sich schließen läßt. Die gegenwärtigen Chancen dafür stehen nicht schlecht, denn die Perspektive, in der eine Erneuerung kritischer Gesellschaftstheorie erfolgen könnte, ist durch die aktuellen Diskussionen zu den neuen sozialen Bewegungen bereits ein Stück weit vorbereitet: Galt innerhalb eines orthodoxen Marxismus die krisenhafte Entwicklung ökonomischer Prozesse als zentraler Auslösemechanismus für soziale Rebellion, so haben ja diese neuen Bewegungen deutlich werden lassen, daß es offensichtlich in spätkapitalistischen Gesellschaften eine ganze Reihe von Konfliktstrukturen gibt, die keine bloß ökonomischen sind, sondern eher auf der Ebene kultureller und motivationaler Krisenerscheinungen zu suchen wären. Diese, am Beispiel der »subkulturellen« Lebensstile und Wertorientierungen neopopulistischer Bewegungen inzwischen breit diskutierte Konfliktrelevanz habitueller und normativer Aspekte des Alltagslebens historischer Subjekte gälte es m.E. nun auch für eine zeitdiagnostische Problematisierung der Erfahrungslage von Arbeitergruppen theoretisch ernst zu nehmen. – Soweit ich sehe, könnte es über eine kulturtheoretische Erweiterung des Historischen Materialismus gelingen, empirische Lebensverhältnisse von Arbeitern so zu analysieren, daß sozio-kulturell entstandene Ausdruckformen sozialer Beziehungen nicht (mehr) linear aus den gesellschaftlichen Strukturen bzw. den materiellen Existenzbedingungen (der Arbeiterklasse) deduziert werden müssen. Gelänge es, über kategoriale Innovationen, wie sie beispielsweise die anglo-marxistische Sozialforschung versucht, der relativ eigenständigen »sozialen Logik« (E.P. Thompson) kultureller Prozesse auf die Spur zu kommen, so ist zu erwarten, daß – quasi unterhalb der theoretisch qualifizierten Ebene von Klassenbewußtsein – Dimensionen »alltäglichen/kulturellen Klassenkampfes« sichtbar werden, die sich weniger in spektakulären Protest- und Widerstandsformen äußern, sondern eher auf der Ebene scheinbar unpolitischer, auch »privater« Kommunikationsmuster und Verhaltensweisen einen normativen Dissenz mit den bestehenden Sozialverhältnissen ausdrücken<sup>3</sup>. Solange nämlich restriktive Arbeitsverhältnisse, relative Einkommensrückstände, eingeschränkte Mobilitäts- und Bildungschancen, erhöhte Lebens- und Gesund-

heitsrisiken u.ä.m. zum Kernbestand von Arbeitererfahrungen gehören, solange kann nach wie vor davon ausgegangen werden, daß die Ungerechtigkeit herrschender Produktions- und Verhältnissen und eine klassen- und schichtabhängige Gewährung sozialer Anerkennung von Arbeitern über klassenspezifische Ab- und Gegenwehrformen kulturell verarbeiten müssen. Ohne Zweifel beinhalten deren vielfältige »private« Verweigerungspraktiken, Ausweichstrategien und spontanen Gegenwehrversuche nicht zwangsläufig auch eine explizite Kritik an der bestehenden Sozialverfassung; doch als alltäglich-unauffällige »Grenzüberschreitungen« stellen sie so etwas wie einen symbolischen Rahmen dar, innerhalb dessen verschiedenste Formen von Gesellschaftskritik artikuliert werden können<sup>4</sup>. Das Problem einer Radikalisierung solch vopolitischer Orientierungsmuster von Arbeitern dürfte sehr viel eher darin liegen, daß zu ihnen, gerade weil sie Äußerungsformen eines klassenspezifischen Gesellschaftsverständnisses sind, auch eine Reihe von emanzipationswidrigen Traditionalismen gehören, die die »kulturelle« Hegemonie der herrschenden Deutungs- und Verkehrsformen zwar tagtäglich aufs Neue in Frage stellen, über einen Mechanismus der »Selbstaussgrenzung« aber auch immer wieder in ihrer Wirkungskraft beständigen.

Ohne hier nun näher auf die Chancen und Probleme einer um Kategorien der Kulturanalyse erweiterten Klassentheorie eingehen zu wollen, so soll doch zumindest eines festgehalten werden: Erst die Aufdeckung jener kulturellen Dimensionen von »Arbeiterlebensweise« könnte m.E. klarstellen, in welchem Maße Arbeiter tatsächlich in die herrschende Sozialordnung integriert sind und wo sich – im Horizont ihrer sozialen Praxis – Affinitäten resp. gravierende Differenzen zu den Praktiken und Zielsetzungen der »neopopulistischen Bewegungen« ausmachen lassen. – Ein wenig spekulativ ließe sich jedoch schon auf einer vorempirischen Ebene vermuten, daß nicht alles, was diesen Bewegungen an normativen Impulsen zugeschrieben wird, Arbeitern prinzipiell unzugänglich ist: So dürfte beispielsweise die Wertschätzung außerinstitutioneller Selbsthilfeorganisationen durch Teile der Alternativbewegung und ebenso deren positive Besetzung aller Formen unmittelbar persönlicher Sozialbeziehungen von bestimmten Ausprägungen proletarischer Verhaltensformen sich gar nicht so sehr unterscheiden; obwohl freilich der um Primärgruppen erweiterte Sozialverband der Arbeiterfamilie ein ungleich größeres Maß an wechselseitiger Verpflichtung und einen höheren Konformitätsdruck erzwingt, als dies für die frei gewählten Lebens- und Arbeitsgemeinschaften innerhalb der neuen sozialen Bewegungen der Fall sein mag. Andere, von diesen Bewegungen propagierte Zielsetzungen, also etwa all diejenigen, die sich unter dem recht unscharfen Begriff der »Lebensqualität« bündeln lassen, dürften, so sie nicht mit ganz essentiellen Verhaltensanforderungen von Arbeiterexistenz in Konflikt geraten, von Angehörigen der Arbeiterschaft im Kern durchaus akzeptiert werden. Auf dem entgegengesetzten Pol lassen sich – vor jeder empirischen Überprüfung – allerdings auch recht tiefe Divergenzen zwischen Postulaten der neuen sozialen Bewegungen und normativen Orientierungen von Arbeitern vermuten: So dürfte vor allem eine Aufkündigung des Leistungsgedankens, bestimmte Formen von Konsumverweigerung, ein reflexiver Umgang mit der eigenen Gesundheit, nicht-legalistische Politikvorstellungen u.ä.m. bei Arbeitern auf kulturelle Schranken des Verständnisses stoßen. Dabei können freilich diese zuletzt genannten Momente nicht auf temoreäre Differenzen von kulturell vermittelten Realitätsdeutungen reduziert werden. Der Zwang zur tagtäglichen Reproduktion der Arbeitskraft unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse mag zwar spezifische kulturelle Bewältigungsstrategien – beispielsweise ein klassenspezifisches

Verständnis des Verhältnisses von Lohn und Leistung – hervortreiben, dennoch gehen solche strukturellen Handlungszwänge keineswegs in kulturellen Deutungsweisen auf, sondern verweisen unzweideutig auf eine nach wie vor erstaunlich stabile ökonomische Basis gegenwärtiger Sozialverhältnisse, – in die schließlich auch alternative Lebens- und Arbeitsformen eingebunden bleiben.

Vorerst wäre also festzustellen, daß das Auftauchen neuer sozialer Bewegungen weder eine Beschäftigung mit den Lebensverhältnissen von Arbeitern überflüssig macht, noch hinreichende Gründe für eine Aufkündigung des historisch-materialistischen Gesamtprojekts liefert. Ernstzunehmen sind hingegen die von diesen Bewegungen inspirierten theoretischen und politisch-praktischen Verunsicherungen; sie zwingen zu einer Sensibilisierung sozialwissenschaftlicher Analysen für all die Zonen sozialer Praxis von Arbeitern, die eine strikt polit-ökonomische Marxismusrezeption mit der Gleichsetzung von klassenanalytischen Wissen und klassengeschichtlichem Lebenszusammenhang bislang übersehen, wenn nicht gar verleugnet hat.

Sucht man nun in neueren wissenschaftlichen Publikationen zu den empirischen Lebensverhältnissen von Arbeitern nach kategorialen Innovationen, die jenen »objektivistischen Reduktionismus« produktiv zu überwinden in der Lage wären, so fällt auf, daß sich vor allem im Bereich der neueren Sozialgeschichte und – in Anlehnung an englische Untersuchungen – bei Teilen der westdeutschen Jugendsoziologie eine »kulturalistische« Wende anzudeuten scheint: In der Rezeption insbesondere anglo-marxistischer Arbeiteruntersuchungen durch westdeutsche Autoren erfährt der Kulturbegriff dort allerdings häufig eine so globale soziologische Ausweitung, daß nahezu jede Unterscheidung zwischen ökonomisch-strukturellen Handlungszwängen und sozialpsychologischen Dimensionen von Arbeiterleben zu verschwinden droht. In der zeitgenössischen Industriesoziologie dagegen, deren Selbstverständnis, zumindest seit Ende der 60er Jahre, stets sehr eng auf eine Erforschung des Verhältnisses von Produktionstechnik und Arbeiterbewußtsein verpflichtet war, fallen kulturtheoretische Neuorientierungen bislang noch kaum ins Gewicht.

Die »Renaissance« der westdeutschen Industriesoziologie am Ende der Rekonstruktionsperiode war zwar mit einer klaren Orientierung an der Marxschen Theorie erfolgt und hatte eine verstärkte Hinwendung zu Fragen industrieller Konflikte und zu Problemen gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Gang setzen können; gleichzeitig blieb ihre erkenntnisleitende Frage, »ob die Arbeiterschaft noch als das historische Subjekt gesellschaftlichen Wandels zu fungieren vermag«<sup>5</sup>, jedoch vor allem auf das Problem einer von der veränderten Technostruktur ausgehenden Diffusion von Arbeitererfahrungen zugeschnitten. Keineswegs selbstverständlich war demgegenüber eine Thematisierung von Prozessen kultureller Vermittlung ökonomisch fundierter Klassenerfahrungen und eine Einbeziehung normativer Aspekte individuellen oder kollektiven Verhaltens von Arbeitern: Die Intensivierung industriesoziologischer Forschungen am Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre stand einerseits unter dem Vorzeichen, Differenzen im Arbeiterbewußtsein in Abhängigkeit von technologischen Veränderungen am Arbeitsplatz (vgl. v.a. H. Kern/M. Schumann, 1970) aufzudecken; andererseits fiel sie mit dem Versuch zusammen, Bewußtseinsformen von Arbeitern über eine kategoriale Ableitung aus den Bestimmungen der Politischen Ökonomie zu deduzieren (vgl. dazu v.a. die Arbeiten des »Projekt Klassenanalyse«). In Konkurrenz zu solch »objektivistischen« Versuchen, Bewußtsein und soziales Handeln von Arbeitern lediglich aus sozialstrukturellen Zwängen zu erklären und in bewußter Anknüpfung an frühere Ansätze bundesrepublikanischer Industriesoziologie, wurden dann

seit Ende der 70er Jahre eine Reihe von Anstrengungen unternommen, die subjektiven »Muster« von Konflikterfahrung, -interpretation und -bewältigung aufzudecken: Über eine soziologische Wiederentdeckung der »biographischen Methode« einerseits, in der Explikation von »Deutungsmusteransätzen« andererseits, rückten seither verstärkt Fragen »nach der Stabilität von Erfahrung, Bewußtsein, Konflikt und ihrer möglichen Dynamisierung durch Wandlungen der gesellschaftlichen Verhältnisse«<sup>6</sup> ins Zentrum der industriesoziologischen Forschung.

Dabei läßt sich mittlerweile absehen, daß – gleichsam komplementär zu dem kritisierten Objektivismus der vorangegangenen Phase, den zu überwinden jene neueren Ansätze ja angetreten waren – vor allem die stark biographisch orientierten Arbeiten zum Bewußtsein von Arbeitern der Gefahr eines erklärungsarmen Subjektivismus zu erliegen drohen: Weil die »biographische Methode« aus sich heraus keine theoretischen Kategorien und Kriterien einer soziologischen Interpretation lebensgeschichtlich konstitutiver Selbstdeutungen von Arbeitern zu entwickeln vermag, nehmen solche Analysen heute mehr oder weniger bewußt das Risiko in Kauf, sich in den lebensgeschichtlichen Erfahrungen der untersuchten Subjekte zu verlieren. Ihr Beitrag für eine sozialwissenschaftliche Sensibilisierung gegenüber bislang vernachlässigten Dimensionen von Arbeiterlebensweise ist deshalb zwar kaum gering zu veranschlagen, ohne eine die Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein anleitende und strukturierende kritische Gesellschaftstheorie vermögen sie jedoch die Ebene einer bloß deskriptiven Erfassung der Denk- und Handlungsorientierungen einzelner Arbeiter oder Arbeitergruppen kaum zu überwinden.

In welchem Maße es nun auf der anderen Seite den noch immer recht seltenen »Deutungsmusteransätzen« gelingen könnte, die technizistische oder begriffsanalytisch verkürzten Entwürfe bisheriger industriesoziologischer Forschung zu sprengen, ohne aber gleichzeitig jene mittlerweile überschaubaren Risiken subjektivistischer und tendenziell theorieloser Deutungsfolien übernehmen zu müssen, das läßt sich gegenwärtig noch schwer abschätzen: Ergebnisse aus Forschungsvorhaben diesen Typs sind bislang noch keiner größeren Öffentlichkeit zugänglich, so daß eine detaillierte und vergleichende Diskussion abzuwarten bleibt. – So viel aber steht vor einer differenzierten Überprüfung dieser Untersuchungen bereits heute fest: Ihr innovativer Beitrag zu einer zeitgenössischen Diagnose des Verhaltenspotentials von Arbeitern wird daran zu bemessen sein, ob es ihnen gelingt, über eine methodenkritische Anlage der Untersuchungsdesigns einerseits, durch ein um Kategorien der Kultur- oder Lebensweltanalyse erweiterte gesellschaftstheoretische Interpretationsraster andererseits, auch jene im strikten Sinne außerökonomischen Motiv- und Interessenlagen von Arbeitern in ihrer lebens- und kollektivgeschichtlichen Geltung einer (hermeneutischen) Analyse zugänglich zu machen. Angesichts der um sich greifenden tiefen Verunsicherung über den handlungsorientierenden Wert kritischer Sozialwissenschaft sind m.E. von der Industriesoziologie nur auf dem Wege einer in diesem Sinne methodisch und kategorial sensibilisierten Forschungspraxis Erkenntnisse über die Chancen und Restriktionen emanzipatorischer sozialer Praxis einer nach wie von quantitativ (und qualitativ) bedeutenden Bevölkerungsschicht zu erwarten.

Relativ breite Übereinstimmung wird sich gegenwärtig darüber erzielen lassen, daß angesichts einer anhaltenden und mit größter Wahrscheinlichkeit sich zukünftig sogar verschärfenden Wirtschaftskrise Untersuchungen zur Krisenbetroffenheit von (Industrie-)Arbeitern eine gleichsam diagnostische Schlüsselstellung zukommt. Sehr diskrepante Einschätzungen dürfte dagegen die Frage provozieren, wie solche Krisenuntersuchungen anzulegen

sind; insbesondere wird dabei das Plädoyer für einen zu den subjektiven Erfahrungen und kulturell gesteuerten Verarbeitungsmechanismen hin erweiterten Typs von Krisenfor- schung auf wohl begründete Vorbehalte stoßen: Zunächst einmal scheint doch gerade die »Krise« eine Konzentration auf die ökonomisch bestimmten Strukturzusammenhänge und deren unmittelbare Konsequenzen für die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft nahezulegen – gefährdet eine krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung doch in erster Linie die Sicherheit von Arbeitsplätzen, Lohngarantien und berufliche Aufstiegschancen und bewirkt einschneidende Veränderungen der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsinhalts und des Erwerbs und Einsatzes erworbener Qualifikationen. Außerdem steht ja offensichtlich für die Erfassung der eher außer-ökonomischen Motiv- und Interessenlagen von Arbeitern auch kein ebenso ausdifferenziertes Analyseninstrumentarium zur Verfügung wie für die Beschreibung und Erklärung der ökonomisch fixierten Lohnarbeiterinteressen. Denkt man beide Momente zusammen, so läßt sich eine eher traditionell-marxistische Konzipierung von Krisenuntersuchungen recht plausibel begründen.

Problematisch aber wird eine ausschließliche Konzentration auf die im engeren Sinne öko- nomischen Krisenfolgen für Arbeiter spätestens dann, wenn sie – wie beispielsweise in den Arbeiten der »Marburger Schule« – dazu verleitet, einige der von der Krise in Gang gesetz- ten Veränderungen im Konfliktverhalten der Arbeiterschaft<sup>7</sup> geradlinig als Indikatoren einer Zuspitzung von Klassenkämpfen zu deuten. – Notwendig unterbelichtet bleiben in solchen Deutungsversuchen gegenwärtiger Konfliktpotentiale nicht nur die Restriktionen einer nach wie vor sektionistischen und auf die Monetarisierung von Krisenschäden hin angelegten Gewerkschaftspolitik; es bleiben darüber hinaus eben auch solche Momente des Arbeiterbewußtseins nahezu unthematziert, die für alle jene, die auf das scheinbar größere Radikalisierungspotential der neuen sozialen Bewegungen setzen, ein »Ende der Arbeiter- bewegung« signalisieren: Ist es doch gerade die über »objektivistisch« konzipierte Unters- uchungen kaum noch erklärbare (relative) Konfliktscheue, mit der große Teile der westdeut- schen Arbeiterschaft einer progressiven Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen be- gegnen, die von den intellektuellen Gewährleuten der neopopulistischen Bewegungen als Beleg für einen abgeschlossenen Integrationsprozeß der Arbeiterklasse in die bestehende Sozialordnung gewertet wird.

Mittlerweile sollte indes deutlich geworden sein, daß jene Aporie von »Integrationsthesen« einerseits, die jede Radikalisierungsmöglichkeit von gegenwärtig ausmachbaren Konflikt- potentialen innerhalb der Arbeiterschaft leugnen, und emphatischen »Klassenkampfthe- sen« andererseits, die die vielfältigen Hemmnisse einer genuinen Klassenpolitik unter- schätzen, nur durch eine kulturtheoretisch sensibilisierte Ausweitung der Klassenanalyse aufzulösen wäre. Gelänge es nämlich, über eine Aufdeckung des *gesamten* Spektrums der sozialen Praxis von Arbeitern, eine klassenspezifische Wahrnehmung und Deutung sozialer Realität und darauf bezogener Gegenwehrformen ausfindig zu machen, so ließe sich m.E. – auch unter den Bedingungen »konsensueller Hegemonie« und »korperatistischer Gewerk- schaftspolitik« – an der Geltung und prinzipiellen Politisierbarkeit arbeiterspezifischer Grunderfahrungen festhalten, ohne daß deshalb die Chancen einer ernsthaften Systemde- stabilisierung überschätzt werden müßten.

Erst über eine in diese Richtung ausgeweitete Untersuchung der Verhaltenspotentiale von Arbeitern wären schließlich auch soziologisch begründbare Aussagen darüber zu treffen, welche spezifischen lebens- und kollektivgeschichtlichen Erfahrungen, daneben aber auch welche besonderen Bedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretungen in der Bundes-

republik, die übergroße Mehrheit der gegenwärtig lebenden Arbeiterbevölkerung – selbst unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise – daran hindern, sich einige der sinnfälligen Zielperspektiven der neuen sozialen Bewegungen zu eigen zu machen; andererseits ließen sich auf diesem Wege sicher auch Hinweise darauf beziehen, wo Vermittlungschancen zwischen der »alten« Arbeiterbewegung und den »neuen« Bewegungen gegeben wären.

Rückbezogen auf die Frage nach der Anlage von »Krisenuntersuchungen« entspräche dieser Vorschlag einem Plädoyer, in einem ersten Schritt zunächst einmal Gründe dafür aufzuzeigen, weshalb die Krisenbetroffenheit von Arbeitern weder »automatisch« die Einsicht in kollektive Handlungsbereitschaft stärken muß, noch hinreichende Bedingung einer Radikalisierung eingeschliffener Gewerkschaftspolitik ist.

Von dieser Absicht läßt sich nun auch eine – nach einem »Deutungsmusteransatz« konzipierte – Paneluntersuchung zum »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise«<sup>8</sup> leiten, deren erster Untersuchungsbericht mittlerweile einer größeren Öffentlichkeit zugänglich geworden ist. Im zweiten Teil dieses Artikels möchte ich – notwendig sehr thesenhaft – versuchen, den Gehalt der bisher programmatisch formulierten Überlegungen an einigen Ergebnissen dieser Studie zu exemplifizieren. Diese Vorgehensweise legt leider eine Kritikperspektive nahe, die den Intentionen und Leistungen der diskutierten Untersuchung im Detail sicher nicht gerecht werden kann; sie dient vornehmlich dem Zweck, mein Plädoyer für eine »kulturalistische« Wende in der Industriesoziologie ein Stück weit plausibel zu machen.

## *II. »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise«:*

### *Probleme der Sozialforschung mit Krisenerfahrung von Arbeitern*

Ziel der Bremer Langzeitstudie ist es, Veränderungen subjektiver Wahrnehmungen, Erwartungs- und Verhaltensweisen von Arbeitern unter dem Einfluß ökonomischer Krisen aufzudecken. Sie wird z.Zt. in 5 Metallbetrieben der norddeutschen Küstenregion durchgeführt, die in sehr unterschiedlicher Weise von Krisenerscheinungen betroffen sind: Bei zwei Werftbetrieben ist mit den beschäftigungspolitischen Folgen einer seit Mitte der 70er Jahre sich abzeichnenden Strukturkrise zu rechnen, bei zwei anderen Unternehmen aus dem Bereich der Elektrobranche dagegen mit Formen von Krisenbetroffenheit, die eher Folgen eines technologischen Wandels sind; im Vergleich relativ »krisenfest« ist die augenblickliche Situation jenes Kraftfahrzeugunternehmens, das die Projektgruppe als Kontrastbetrieb für ihre Untersuchung ausgewählt hat. – Die Panelstudie soll in zwei Wellen erfolgen, wobei während beider Untersuchungsabschnitte mehrere Erhebungsinstrumente zum Einsatz kommen: Über eine Reihe von Expertengesprächen werden Betriebsmonographien und kurze Branchenanalysen angefertigt und im Verlauf der Untersuchung vervollständigt, auf der Basis eines indikativen Gesprächsleitfadens sind bereits 160 thematisch strukturierte Erstinterviews mit Facharbeitern und Angelernten aus den 5 Untersuchungsbetrieben durchgeführt; zusätzlich konzipierte die Gruppe Gruppendiskussionen mit Arbeitern und Experten, die nicht nur als zusätzliches Erhebungsinstrument sondern auch als Medium der Rückvermittlung von Forschungsergebnissen an die Betroffenen dienen sollen. Beide Erhebungswellen werden nach dem Plan der Projektgruppe einer zweifachen Aus-

wertung unterzogen: In einer ersten, mit dem vorliegenden Bericht nunmehr abgeschlossenen Phase wurden die transkribierten Tonbandinterviews einer horizontalen (themenorientierten) Auswertung unterzogen. Das erbrachte bisher Aussagen über die »objektive Krisenbetroffenheit« der Befragten, ihre »subjektive Wahrnehmung von Krise und Arbeitslosigkeit«, krisenbezogene »Erwartungshaltungen« gegenüber Staat, Gewerkschaften und Unternehmern, sowie erste Hinweise auf die »Strategie«-Typen, mit denen die befragten Arbeiter einer möglichen Krisenbetroffenheit zuvorkommen wollen. – Nur auf diesen bisher abgeschlossenen Ergebnisteil der Studie wird sich die anschließende Diskussion stützen können.

Zum besseren Verständnis des Gesamtprojekts seien hier jedoch auch noch die unabgeschlossenen Auswertungs- und Erhebungsabsichten der Projektgruppe kurz benannt: In einem zweiten Durchgang sollen die Erstinterviews einer vertikalen (hermeneutischen) Interpretation unterzogen werden; von diesem Schritt erwartet die Projektgruppe, die »latenten Sinnstrukturen« der (Arbeits-, Lohn-, Interessen- und Staats-) Orientierungen von Arbeitern, ihre »Gesellschaftsbilder« und »subjektiven Verarbeitungsstrukturen« auf eine »innere Logik« hin überprüfen zu können. Für diesen im eigentlichen Sinne *interpretierenden* Auswertungsschritt wollen sie den »Deutungsmusterbegriff«, das Konzept des »Alltagsbewußtseins« und das Konstrukt der »subjektiven Relevanzstrukturen« für eine Analyse der für Arbeiter grundlegenden Bewußtseinsmomente nutzbar machen. – Durch eine an diese Auswertungsphase anschließende zweite Erhebungswelle hoffen sie schließlich *Veränderungen* von Bewußtseinsstrukturen unter dem Einfluß ökonomischer Krisenprozesse benennen zu können. Im Zentrum der Analyseabsicht steht dabei die Überprüfung ihrer Kernthese vom Vorherrschen eines »reduktionistischen Bewußtseins« von Arbeitern: Nach der zweiten Analyse müßten sich gesicherte Aussagen darüber machen lassen, ob – unter dem Einfluß der Krise – jenes »reduktionistische« Bewußtsein zugunsten eines »thematischen« an Geltungskraft verliert, ob ein »realistisches« Krisenverständnis sich durchzusetzen vermag.<sup>9</sup>

Genaugenommen ließe sich also eigentlich erst nach Abschluß des Gesamtvorhabens über Probleme diskutieren, die das »Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise« für die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik aufwirft; dennoch soll hier versucht werden, den vorliegenden Bericht einer ersten, notwendig unzulänglichen – und eventuell sogar ein wenig überpointierten – Kritik zu unterziehen. Dabei geht es weniger um eine detaillierte Diskussion aller Einzelbefunde der Bremer Studie, also des von der Projektgruppe festgestellten breiten Spektrums von Krisenbetroffenheit, der Variationsspanne jener »reduktionistischen« Krisenwahrnehmung von Arbeitern, ihrer vor allem auf den Staat gerichteten Erwartungen von Maßnahmen zur Krisenlösung und ihrer Präferenzen für »individualistische« Strategien der Reduzierung von Krisenfolgen. Eine solche Kurzpräsentation der Studienergebnisse haben die Autoren ja bereits selbst vorgelegt.<sup>10</sup> Die Kritik wird sich vielmehr auf die Zentralthese der Bremer Untersuchung konzentrieren, um von dort her einige der Befunde in den weiteren Horizont aktueller Diskussionen einrücken zu können.

Auf Basis der bisher erhobenen und themenspezifisch ausgewerteten Interviews mit 160 Arbeitern und Arbeiterinnen aus den 5 Untersuchungsbetrieben diagnostizieren R. Zoll und seine Mitarbeiter »zwei grundsätzlich verschiedene Arten der subjektiven Wahrnehmung und Verarbeitung von Krise als gesellschaftlichem Phänomen und als persönlicher Krisenbetroffenheit«<sup>11</sup>. Danach verfügt die übergroße Mehrheit der von ihnen Befragten über eine »reduktionistische« Krisenwahrnehmung, deren Erscheinungsformen von der

Leugnung, Isolation und Bagatellisierung von Krisenphänomenen bis hin zur Wahrnehmung von Teilphänomenen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise reicht. Dieser Typus von Krisenreaktion korreliert nach Aussage der Autoren mit Erwartungen an Staat, Gewerkschaften und Unternehmer; so entspräche etwa der Leugnung von Krise und Arbeitslosigkeit die Erwartung, Arbeitslose sollten durch autoritäre Maßnahmen zu Gegenleistungen für eine Arbeitslosenunterstützung gezwungen werden. Gleichzeitig begünstige ein solches Bewußtsein Absicherungsstrategien gegen erwartbare Krisenfolgen, die vornehmlich auf individuelle Anpassung und erhöhte Leistungsverausgabung gerichtet seien, gewerkschaftlich organisierter, kollektiver Gegenwehr dagegen wenig Erfolgchancen zutrauen. – Von diesem defizitären Typus der Wahrnehmung von Krise und Arbeitslosigkeit unterscheidet die Projektgruppe eine wenig verbreitete, zumindest in Ansätzen »realistische«, wenn auch in den seltensten Fällen »konsistente« Verarbeitungsweise, die Krisenerscheinungen »im Rahmen einer (zumeist »marxistischen« – B. M.) Theorie der Gesellschaft« »thematisiert«<sup>12</sup>, geschichtliche Entwicklungen mitreflektiert, sensibel ist für die sozialen Folgen der Krise und gewerkschaftliche Gegenwehrmaßnahmen häufiger für aussichtsreich hält als die Mehrzahl der befragten Arbeiter mit einer »reduktionistischen« Wahrnehmung. – In einem ersten Interpretationsversuch vermuten die Autoren, daß es sich bei der von ihnen festgestellten Reduktion sozialer Realität »um Formen der Angstabwehr« handelt, die »für die Individuen eine stabilisierende Funktion (hat), weil sie die Deutung sonst unerklärlicher und, solange unerklärt, auch bedrohlicher sozialer Zusammenhänge ermöglicht«<sup>13</sup>. Wen der Aufklärungseffekt industriesoziologischer Untersuchungen für die Probleme und Chancen von Gewerkschaftspolitik interessiert, der mag – angesichts der hier freilich sehr knapp skizzierten Hauptthese der Bremer Untersuchung – ein wenig ratlos fragen, was eigentlich mit der getroffenen Unterscheidung von »reduktionistischer« und »thematischer« Krisenwahrnehmung gewonnen ist: Ein wenig überspitzt sagt doch jener Befund zunächst nur, daß 1. die Mehrzahl der befragten Arbeiter über keinen gesellschaftstheoretisch fundierten Krisenbegriff verfügt, 2. eine »reduktionistische« Krisenwahrnehmung mit überhöhten Erwartungen an den Staat und komplementär geringeren Erwartungen an die Gewerkschaft (als einer Instanz von Krisenbekämpfungspolitik) korreliert, – was auch in der größeren Präferenz für individualistische Strategien der Reduzierung von (erwartbaren) Krisenfolgen zum Ausdruck kommt und 3. eine »realistische« Thematisierung von Krise und Arbeitslosigkeit verhindert werde über innerpsychische Mechanismen der Angstabwehr.

Nun dürfte aber insbesondere die erste Teilaussage der These kaum größeres Erstaunen hervorrufen: Nur wer – der Überzeugungskraft historischer Analysen des Radikalisierungspotentials von wirtschaftlichen Krisen zum Trotz – bis heute unbeirrt auf die von ökonomischen Entwicklungen »automatisch« in Gang gesetzte Selbstaufklärung der Arbeiterklasse über ihre Stellung im gesellschaftlichen Produktionszusammenhang und eine Verschärfung von Klassenkonflikten als »logische« Folge solcher Bewußtwerdungsprozesse vertraut hat, mag davon überrascht sein, daß das Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise »noch nicht« identisch ist mit einem theoretisch fixierbaren »Krisenbewußtsein«. Wer dagegen – vor allem mit Blick auf die Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre – einem solchen Automatismus stets skeptisch gegenüber gestanden hat, wird von industriesoziologischen Untersuchungen wünschen, sie könnten auffindig machen, welche *spezifischen* Krisenerfahrungen für betroffene Arbeiter Anlaß zu einer kritischeren Wahrnehmung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsstrukturen sind und welche Formen – ganz im Gegenteil da-

zu – emanzipationsrelevante Einsichten in die Konstitutionsprinzipien spätkapitalistischer Sozialverfassungen eher blockieren.

Obwohl nun der Titel der Bremer Untersuchung durchaus die Erwartung nährt, hier würden solche Zusammenhänge von unmittelbarer Krisenerfahrung und (kognitiver) Krisenverarbeitung zum Thema gemacht, so zeigt sich doch spätestens bei der Formulierung der resümierenden Kernthese, daß die Autoren ihr Material nach anderen Gesichtspunkten geordnet haben. Gerade die von ihnen mit voller Absicht gewählte Form einer themenorientierten Auswertung der Gesprächsprotokolle macht nämlich (zumindest in diesem Untersuchungsstadium) jede Aussage über mehr oder weniger »typische« Verknüpfungen von »objektiver Krisenbetroffenheit« und »subjektiver Krisenwahrnehmung« unmöglich. Über eine äußerst differenziert und sorgfältig aufgefächerte Systematisierung der Interviews erfährt der Leser der Studie zwar einerseits, wie unterschiedlich wirtschaftliche Krisenerscheinungen auf der Ebene betrieblicher Erfahrungen sich auswirken können; gelingt es doch der Projektgruppe – durch einen sehr sensiblen Umgang mit dem erhobenen empirischen Material – den Facettenreichtum von Krisenbetroffenheit in den Dimensionen Beschäftigung, Einkommen, Arbeitsbedingungen, Arbeitsinhalt und beruflicher Aufstieg nachzuweisen. Da sie aber andererseits ihre Thesen über die »subjektive Krisenwahrnehmung« nicht aus denselben Antwortpassagen bezieht, sondern Rückschlüsse v.a. auf die »reduktionistische« Krisenreaktion von Arbeitern einzig über *die* Äußerungen vornimmt, in denen die Befragten *direkt* zum Phänomen der Krise und dem der Arbeitslosigkeit Stellung nehmen, bleibt (zumindest dem Leser) verborgen, mit welchen Deutungen die Betroffenen all die Erfahrungen verarbeitet haben, die sie selbst nicht mit dem Begriff der Krise belegen, – die aber im Urteil der Forscher zu Recht als Erfahrungen von »objektiver Krisenbetroffenheit« ausgewiesen werden.

Man weiß inzwischen über eine Reihe von neueren Überlegungen zu den normativen Orientierungen von Arbeitern, daß diese in Situationen, in denen ihnen Einschätzungen sozialer Realität als abstrakte moralische oder politische Übung abgefordert werden, eher dazu neigen, sich im Horizont herrschender Denkungsweisen und allgemein verbindlicher Stereotypen zu explizieren; während sie in konkreten Situationen, insbesondere dort, wo sie mit dem vollen Gewicht ihrer eigenen Erfahrungen argumentieren können, ihre Urteile sehr viel weniger eng an »konforme« Standards binden. – Diese Überlegung dürfe auch den Autoren der Bremer Studie vertraut gewesen sein: Mit Sicherheit kann von der Forschungssituation angenommen werden, daß Arbeiter, wenn sie einen so hoch komplexen Zusammenhang wie den der Krise erklären wollen, hier eher zu gängigen Stereotypen greifen. Zumindest unvorsichtig erscheint es mir deshalb, empirische Aussagen über die Krisenwahrnehmung von Arbeitern ausschließlich über eine Systematisierung jener Interviewantworten zu treffen, in denen die Befragten sich direkt zur »Krise« und zur »Arbeitslosigkeit« äußern; unvorsichtig deshalb, weil, wenn an einer eher zufälligen Stelle im Interviewgespräch Arbeiter eine sehr spontane Krisenerklärung versuchen, es vielleicht ein wenig illegitim ist, diese aus ihrem Zusammenhang herausgelösten Äußerungen an einem theoretisch richtigen Krisenbegriff zu messen und sie dann anschließend als hinreichende Belege für eine »reduktionistische« Krisenwahrnehmung zu werten. In Zweifel gezogen werden soll damit nicht, daß Arbeiter tatsächlich nur Teilphänomene der Krise wahrnehmen oder sogar mit Leugnungen, Bagatellisierungen und individualisierenden Schuldzuschreibungen reagieren. Problematisch erscheint mir hier nur die Selbstverständlichkeit, mit der die Forschergruppe lediglich die verstreuten Äußerungen über Krise und Arbeitslosigkeit zur

Konstruktion ihrer Zentralthese heranzieht. Vielleicht wäre es ja im Rahmen des vorliegenden Untersuchungskonzepts durchaus möglich gewesen, die spezifischen Formen von Krisenbetroffenheit, denen die Befragten jeweils ausgesetzt sind, in einen – und sei es auch nur hypothetischen – Zusammenhang zu den von ihnen vorgebrachten Krisendeutungen einzurücken. Solche Verknüpfungen hätten eventuell, bereits auf der ersten Stufe der Auswertung, erklären können, welche materialen Kerne sozialer Erfahrungen den verschiedenen »Reduktionen« in den Krisenwahrnehmungen von Arbeitern zugrunde liegen können. Die bloße Konfrontation eines theoretisch konstruierbaren Krisenbegriffs mit den Defiziten empirischen Krisenbewusstseins wäre bei einem solchen Vorgehen verzichtbar gewesen.

Natürlich ließe sich argumentieren, Aussagen dieser Art seien eigentlich erst nach Abschluß der geplanten vertikalen Interpretation zu erwarten; von dem zweiten Auswertungsdurchgang versprechen die Bremer Forscher sich ja Aufschluß über »die subjektive Relevanz der jeweils themenspezifischen Interviewauszüge in der inneren Logik der Bewusstseinsstrukturen der Befragten«<sup>14</sup>. – Auf der anderen Seite drängt sich aber bereits nach der Lektüre ihres ersten Untersuchungsberichts der Verdacht auf, das Spektrum, innerhalb dessen die bewußtseinsmäßige Verarbeitung von Krisenerfahrungen der befragten Arbeiter analysiert werden könnte, im Konzept der Projektgruppe mit der Auswertung von Aussagen zu den vermuteten Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit bereits endgültig festgelegt. Der These von der »reduktionistischen Krisenwahrnehmung« käme aber – so sich dieser Verdacht am Verlauf der weiteren Untersuchung erhärten ließe – die Funktion einer forschungsstrategischen »self-fulfilling-prophecy« zu: Denn wird ein theoretisch gewonnener »richtiger« Krisenbegriff mit den nur beschränkten Deutungskapazitäten von Arbeitern konfrontiert, so kann eigentlich kaum noch verwundern, wenn eine systematische Einschätzung der empirisch vorgefundenen Krisenwahrnehmung wenig mehr erbringt als den Nachweis von (kognitiven) Defiziten im Bewußtsein der Untersuchungsobjekte.

Bedenken ganz ähnlicher Art provoziert aber auch die zweite Teilaussage des zentralen Untersuchungsbefundes; also jene These, die die »reduktionistischen Krisenwahrnehmungen« in einen gleichsam kausalen Bedingungs-zusammenhang zu Präferenzen für »individualistische« Strategien der Reduzierung von Krisenfolgen bringt: Es fragt sich nämlich, ob es nicht möglich gewesen wäre, die (bei den befragten Arbeitern) sehr verbreitete Skepsis gegenüber kollektiven Strategien der Krisenabwehr vor dem Hintergrund der je spezifischen betrieblichen und überbetrieblichen Gewerkschaftspolitik, den Arbeitsmarktchancen bestimmter Berufsgruppen, den außerbetrieblichen Lebensbedingungen von Männern und Frauen etc. zu diskutieren, – statt sie einer scheinbar bloß formalen Typologisierung zu unterwerfen. Zwar gelingt der Projektgruppe über die von ihr vorgenommene Typisierung der plausible Nachweis eines Entsprechungsverhältnisses zwischen »reduktionistischer Krisenwahrnehmung« und »individualistischen« Strategien, gleichzeitig verlieren aber beide Teilaussagen an empirischer Plastizität.

Ein gewisses Unbehagen erweckt schließlich der erste, allen detaillierten Analysen der »Bewußtseinsstrukturen« von Industriearbeitern vorangestellte Deutungsversuch der Autoren, in dem sie die entscheidende Sperre für eine »thematische« Krisenwahrnehmung in der identitätsstabilisierenden Funktion von Angstabwehr vermuten. Gerade weil die Bremer Gruppe eigentlich in ihrem gesamten ersten Untersuchungsbericht darum bemüht ist, sich wertender Interpretationen so weit wie möglich zu enthalten, erstaunt an der diesem entscheidenden Punkt recht vorschnelle Rekurs auf innerpsychische Mechanismen der Kon-

fliktverarbeitung (resp. ->Verdrängung«): Sicher ist unbestritten, daß eine um die Aufklärung subjektiver Wahrnehmungs- und Verarbeitungsformen von sozialer Realität bemühte Sozialforschung in der Lage sein sollte, auch psychische Sperren gegenüber »rationaler« Realitätsbewältigung aufzudecken. Voraussetzung dafür wäre allerdings eine forschungsleitende Gesellschaftstheorie, die soziologische Kategorien der Vermittlung zu Erfassung jenes komplexen Bedingungsgefüges von objektiven Strukturzusammenhängen, sozialen Handlungszwängen, klassenbezogenen Politikformen und sozialpsychischen Wert- und Handlungsdispositionen bereitstellt. Im ersten Teil dieses Artikels wurde die Vermutung geäußert, eine um kultursoziologische Überlegungen erweiterte Klassentheorie könnte diese Aufgabe eventuell leisten. Gewiß ist die vorliegende Bremer Studie nun nicht daran zu messen, inwieweit ihr eine kulturtheoretische Erweiterung ihres Analyseinstrumentariums gelungen ist. Wohl aber muß die Frage erlaubt sein, wie – wenn ein solcher Weg nicht beschritten wird – kategoriale Zwischenglieder, die die Lücke zwischen sozialstrukturell induzierten Erkenntnisstrahlen und individuellen Verhaltensorientierungen (resp. psychisch motivierten Auseinandersetzungsformen mit sozialer Realität) schließen könnten, zu finden wären. Jene Lösung des Problems, die in der These von der psychologisch (eventuell gar psychoanalytisch) zu erklärenden Abwehr realistischer Krisenwahrnehmung durchscheint, macht m.E. deutlich, wohin eine Ausblendung dessen, was eine kulturtheoretische Analyse zu leisten beanspruchen würde, führen kann: Ohne daß bereits erklärt wäre, ob nicht *soziologische* Erklärungen für die von der Projektgruppe festgestellte Diskrepanz zwischen einem theoretisch beschreibbaren, »richtigen« Krisenbegriff und den von den befragten Arbeitern vorgenommenen »Reduktionen« zu finden wären, erfolgt ein sehr rascher Rückgriff auf psychologische Deutungsversuche. Dadurch aber, daß ein solches Verfahren, noch bevor die Erklärungskraft soziologischer Kategorien voll ausgeschöpft wurde, die Schranken gegenüber kognitiv angemessenen Realitätsdeutungen sehr tief – nämlich bei innerpsychischen Mechanismen – ansetzt, muß letztlich unklar bleiben, wo jene Zonen im Denken von Arbeitern aufzuspüren wären, an die eine emanzipatorische (gewerkschaftliche) Aufklärungsstrategie produktiv anknüpfen könnte. Lügen die Hemmnisse für eine auf den Gesamtzusammenhang kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse reflektierende Krisenwahrnehmung von Arbeitern und ihrer Schwierigkeiten, sich auf kollektive Strategien gegenüber verschiedenen Formen von Krisenbetroffenheit einzulassen, tatsächlich in der identitätsstabilisierenden Funktion von Angstabwehr begründet, so bliebe eigentlich kaum Hoffnung, über eine wie auch immer neu konzipierte Gewerkschaftspolitik Veränderungen in Bewußtsein und Verhalten von Arbeitern bewirken zu können. Demgegenüber würde eine strikter soziologisch ausgerichtete Interpretationsperspektive in einem ersten Annäherungsschritt davon ausgehen, daß Prozesse der Identitätsbildung und -stabilisierung bei Arbeitern wesentlich über Mechanismen kollektiver Selbstausslegung gesteuert werden und daß spezifische Restriktionen in den Denk- und Handlungsorientierungen von Arbeitern sich – quasi oberhalb der Wirksamkeit psychischer Blockierungen – über die Filterwirkung klassenspezifischer Deutungen sozialer Realität aufklären ließen. Ich will diesen Einwand am Beispiel dreier Teilaussagen der Bremer Studie knapp illustrieren<sup>15</sup>:

1. Für die Projektgruppe gelten Äußerungen von befragten Arbeitern, in denen zwar einerseits eine Reihe von wirtschaftlichen Krisenphänomenen beschrieben werden, der *Begriff* der Krise für eine Charakterisierung der aktuellen Situation jedoch zurückgewiesen wird, als hinreichender Beleg für eine scheinbar bloß noch psychologisch zu erklärende »Leug-

nung des Phänomens<sup>16</sup>. Berücksichtigt man dagegen die – im kollektiven Bewußtsein von Arbeitern tief verankerten – Dauererfahrungen von Existenzunsicherheit und sozialer Deprivation, die zwar nicht unbedingt durch biographisch besondere Realerfahrungen abgestützt sein müssen, gleichwohl aber den Prozessen kultureller Selbstdeutung von Arbeitern zugrunde liegen, so illustrieren jene Äußerungen, die in objektiven Krisenerscheinungen nur einen mehr oder weniger »normalen Vorgang« erblicken, zunächst einmal nur eins: daß Arbeitern eine lebens-, familien- und kollektivgeschichtlich erhärtete Erwartung wiederkehrender Rückschläge auf der Ebene individueller und gesamtgesellschaftlicher Lebenssicherungsniveaus eventuell vertrauter ist als anderen sozialen Klassen und Schichten. Einschneidende Reproduktionsrisiken und Veränderungen der unmittelbaren Arbeitssituation, wie sie wirtschaftliche Krisenprozesse bewirken können, werden im Deutungshorizont von Arbeitern nämlich möglicherweise sehr viel eher als »normaler« Ausdruck einer klassenspezifischen Soziallage erfahren, und das mag dann eine Sichtweise sein, die sich dem analysierenden Blick des sozialwissenschaftlich geschulten Chronisten der Krise als bloß unzulängliche Krisenreaktion darstellt. Eine Zurückweisung der dem Forscher vertrauten Terminologie durch Teile der befragten Arbeiter, also ihre Weigerung, eine Zunahme von Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzabbau, Kurzarbeit, Reallohnsenkung, Leistungsverdichtung etc. als »Krise« zu beschreiben, müßte deshalb nicht unbedingt als Indiz für »Angstabwehr« und »Verdrängung« gedeutet werden; sie entspräche dann wohl eher einer gleichzeitig »rationalen« und dennoch – bezogen auf die Verhaltensorientierungen, die sie nach sich ziehen kann – problematischen Aktualisierung klassenspezifischen Selbst- und Gesellschaftsverständnisses.

2. Möglicherweise erbringt aber auch der von den Bremer Autoren vorgebrachte Verweis auf die angstreduzierende psychische Funktion von personalisierenden Wahrnehmungen des Arbeitslosenproblems relativ wenig Aufklärung über wichtige Mechanismen der Krisenerfahrung von Arbeitern: Sicher bestehen viele Arbeiter immer wieder darauf, daß, wer »ernsthaft« Arbeit suche, auch welche finde und »echte« Arbeitslose eigentlich nur solche seien, die »arbeitswillig« und zur Hinnahme von Lohneinbußen und Dequalifikation bereit sind<sup>17</sup>. – Eine soziologische Klärung jener häufig feststellbaren individualisierenden Schuldzuschreibung sollte sich aber m.E. fragen, in welchen sozialen Deutungs- und Selbstdeutungsmechanismen solch stereotype Vorurteile verankert sein könnten: Einiges spricht nämlich dafür, daß es gerade die identitätsstabilisierende Bedeutung produktiver und/oder in Lohnsummen meßbarer Arbeitsleistungen ist, die bei beschäftigten (und z.T. sogar bei selbst arbeitslosen) Arbeitern den normativen Bezug auf das Problem der Arbeitslosigkeit festlegt: Weil Arbeiter soziale Identität daraus beziehen können, nach wie vor die gesellschaftliche Gruppierung zu sein, die durch manuelle Arbeit die Reproduktion der Gesamtgesellschaft erst ermöglicht, bedeutet Arbeitslosigkeit im kollektiven Selbstverständnis von Arbeitern so etwas wie eine »Sinnlücke«. Weil (zumindest männliche) Arbeiter ihre Selbstwahrnehmung entweder über den Besitz und Einsatz erworbener Qualifikationen oder aber, wo dies unter den Bedingungen fortschreitender Taylorisierung nicht mehr möglich ist, in Lohnsummen meßbarer Arbeitsleistungen abstützen, fehlt ihnen eine kommunikativ tradierte, mit positiven Werten ausgestattete Selbstausslegung, die es ermöglichen würde, die ohne konkrete Leistungsverausgabungen bezogenen, also arbeitslosen, Einkommen als gleichwertig »ehrenhafte« Form der Existenzsicherung zu verstehen. Ihre häufig zu beobachtende Abschottung gegenüber sozialen Problemen von Arbeitslosen ließe sich auf einer so verstandenen soziologischen Interpretationsfolie eher als Aktualisie-

zung eines klassenspezifischen Wertmusters verstehen, das die Selbstachtung von Arbeitern ganz eng an die Erbringung konkreter Leistungen im Produktionsprozeß bindet, den Bezug von arbeits-losen Einkommen dagegen als Nachweis sozialer Minderwertigkeit be- greift.

3. Auf dieselben, in sich höchst problematischen Prozesse kultureller Selbstdeutungen verweist m.E. schließlich auch ein bei Arbeitern scheinbar immer noch recht verbreitetes Vorurteil gegenüber Angestellten. Den Befunden der Bremer Untersuchung zufolge glauben viele der Befragten, Angestellte würden heutzutage vor allem auch deswegen arbeitslos, weil sie sich für jene, gewöhnlich von (Hand)Arbeitern verrichteten, körperlich anstrengenden Tätigkeiten zu schade seien<sup>18</sup>. – Auch an diesem Punkt würde ich, vor einem Rekurs auf die Ebene psychisch motivierter Angstabwehr, Erklärungen für solchermaßen »reduktionistische« Wahrnehmung sozialer (Krisen-)Realität zunächst einmal im Bereich soziokulturell hervorgebrachter Selbst- und Fremdzuschreibungen vermuten: Wie Arbeiter durch den alltagspraktischen Rückgriff auf eine kulturell tradierte Geringschätzung nicht-körperlicher Arbeit soziale Identität zu gewinnen versuchen, so dient ja umgekehrt, im Angestelltenmilieu, die Stabilisierung der objektiv immer geringer werdenden Differenzen zwischen Büro und Werkstatt als wichtiges Instrument der Abgrenzung nach unten. Für die Chancen einer wechselseitigen Solidarisierung haben beide kulturell indizierten Selbstwahrnehmungsmuster gleichermaßen negative Effekte.

Im Kern zielt der Einwand gegen die allzu schnelle Verwendung psychologischer Erklärungsfiguren auf die – sicher auch für die Bremer Autorengruppe zentrale – Frage, wie industriesoziologische Forschungen so konzipiert werden können, daß sich Ansatzpunkte für politisch folgenreiche Aufklärungsstrategien – etwa im Rahmen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit – benennen lassen. Solche Anknüpfungspunkte treten, das sollte die hier vertretene Einschätzung deutlich machen, vor allem dann in den Blick, wenn es – über kategoriale Innovationen bei der Anlage von Forschungskonzepten – gelingt, den *sozialen* Funktionen gruppen- und fraktionsspezifischer Selbstdeutungsmechanismen auf die Spur zu kommen; erst nach einem solchen Analyseschritt wären dann Einzelaussagen von Befragten »hermeneutisch« zu lesen. Demgegenüber geraten Deutungsperspektiven, die die für Arbeiter letztlich entscheidenden Barrieren »realistischen« Gesellschaftsverständnisses apriori auf der Ebene psychischer Mechanismen (der Angstabwehr zum Beispiel) verorten, leicht in Gefahr, in letzter Konsequenz entweder auf eine an die kognitiven Kompetenzen der Subjekte appellierende Selbstaufklärung verzichten oder aber sogar politische und pädagogische Lernprozesse nach dem Muster psychoanalytischer »Therapien« organisieren zu müssen. Subjektive, scheinbar reduktionistische Wahrnehmungs- und Verarbeitungsformen von Krisenerscheinungen könnten, so lautet die Vermutung, durch eine gezielte Thematisierung kulturell vermittelter Traditionalismen in den Wert- und Handlungsorientierungen von Arbeitern einer emanzipationsrelevanten Politisierung zugänglich gemacht werden.

Voraussetzung dafür wäre freilich, daß in Prozessen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit gerade das »konservative« Arbeitsverständnis insbesondere von (männlichen) Facharbeitern einer selbstreflexiven Bearbeitung zugänglich gemacht würde, – jene arbeitsbezogenen Wertorientierungen also, deren soziale Funktion eine doppelte ist: Sie fixieren ein Spektrum sozialer und persönlicher Identitätschancen für all diejenigen, die kulturell tradierte Normen von »Berufsethos« oder arbeitsorientierter, in Lohnsummen meßbarer »Leistungsfähigkeit« für sich zu realisieren vermögen, sie begründen aber auch ganz scharfe Differen-

zierungslinien gegenüber denjenigen Teilen der eigenen Klasse, die solch kollektiven Normen nicht entsprechen können oder wollen (Frauen, Jugendlichen, Älteren, Arbeitslosen etc.) und sorgen darüber hinaus auch für eine überstilisierende Abgrenzung zu den nicht-handarbeitenden Lohnabhängigengruppen, also beispielsweise den Angestellten. Diese »konservative«, auf die Bewahrung sozialer »Besitzstände«, Dispositionschancen, Abgrenzungsgarantien etc. gerichtete Grundhaltung bestimmter Arbeiterkategorien stellt eine weitgehend undiskutierte Schranke egalisierender Arbeiterpolitik dar.

Wenn auch nicht übersehen werden kann, daß dieses »konservative« Element innerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung neben seinen gruppenegoistischen Motiven auch ein beachtliches Radikalisierungspotential enthalten kann<sup>19</sup>, so scheint doch eine Fortschreibung dieses Elements in Forderungen nach einer neuen, »qualitativen« Gewerkschaftspolitik nicht ganz unproblematisch: Möglicherweise verschärft es ja die mittlerweile übersichtbare Spaltung der Arbeiterschaft in eine privilegierte Minderheit von relativ hochqualifizierten, gut organisierten Arbeitsplatzinhabern und eine minderqualifizierte, organisations- und konfliktsschwächere Gruppe mit einem überproportional hohen Arbeitsplatzrisiko<sup>20</sup>. Diesen Schluß legen zumindest Ergebnisse der neueren Diskussionen über modifizierte Theorien segmentierter Arbeitsmärkte recht nahe. Insbesondere das im Anschluß an F. Parkin und R. Bendix konkretisierte Konzept der »sozialen Schließung«<sup>21</sup> kann sehr plausibel nachweisen, daß benachteiligte Arbeitergruppen wie Frauen, Jugendliche, Ältere, Leistungsgeminderte etc., deren Gegenmachtstrategien auf dem Arbeitsmarkt durch objektive wie subjektive Schranken behindert sind, sowohl »von den Exklusionsstrategien der Betriebe« wie auch von »den vertikalen Ausschließungsstrategien konkurrierender Beschäftigtengruppen gleichermaßen betroffen« sind. »Zumindest was den Ausschluß dieser Gruppen von relativ günstigen Arbeitsplätzen anbelangt, besteht eine (partielle) *Interessenidentität* zwischen Betrieben und Stammbereichsangehörigen«<sup>22</sup>.

Daß diese zumindest partielle Interessenidentität zwischen Unternehmen und Teilen der Beschäftigten auch die objektiven Chancen einer realistischen Krisenwahrnehmung extrem negativ beeinflussen kann, das vermag die hier diskutierte Bremer Studie – und hierin sehe ich einen ihrer großen Verdienste – exemplarisch zu belegen. Die Projektgruppe zeigt dies in sehr überzeugender Weise anhand des seit den späten 70er Jahren zu beobachtenden »Strategiewechsels« in der Personalpolitik der von ihnen untersuchten Betriebe: Während bis vor wenigen Jahren kurzfristige Entlassungen und ebenso kurzfristige Wiedereinstellungen bevorzugtes personalpolitisches Regulativ bei allgemeinen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, konjunkturellen Schwankungen oder Schwerpunktverlagerungen in der Produktion einzelner Betriebe waren, greifen die Unternehmen heute vornehmlich auf Maßnahmen wie Einstellungsstopp, Sozialpläne, Frühverrentung, außerordentliche Kündigungen und (als Mittel der kurzfristigen Anpassung an die Marktlage) Veränderungen der Arbeitszeit (also Kurzarbeit- und Überstundenregelungen) zurück, um geplante Personalreduzierungen zeitlich zu strecken und – durch die Gewährung monetärer Kompensation – den Konfliktgehalt der getroffenen Maßnahmen zu reduzieren, bzw. auf die untere Vorgezogene Ebene oder sogar auf die Arbeitergruppen selbst zu verschieben. Für die Betriebe erbringt insbesondere die Methode der Belegschaftsreduzierung durch außerordentliche Kündigungen (wegen langer Fehlzeiten, kleineren Vergehen etc.) – bei denen das Widerspruchsrecht des Betriebsrats eingeschränkt ist – genau wie die Praxis der Frühverrentung, eine »allgemeine Heraufsetzung der Ansprüche an das Arbeitsverhalten und die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten«<sup>23</sup>; ebenso wichtig dürften aber die langfristigen Effekte ei-

ner Homogenisierung der Belegschaft sein, die diese Form von Personalpolitik über eine Marginalisierung leistungs- und konfliktschwächerer Arbeitergruppen erzielt. Hingegen wird einüber solche Maßnahmen eingeleiteter Beschäftigungsabbau nach Meinung der Bremer Autoren, »weil er mir dem Ziel verbunden ist, eine bestimmte feste Belegschaftsgröße zu erreichen, die den Betrieb krisenfest machen soll«; dies ist auch der Grund, weshalb »es vielfach von den Arbeitern und Angestellten des Betriebes akzeptiert und eine Beteiligung der Interessenvertretung an der Durchführung des Programms für selbstverständlich gehalten wird«<sup>24</sup>.

Die Bremer Projektgruppe sieht in dieser neuen Personalpolitik der Unternehmen eine sehr wichtige Ursache für die von ihr festgestellte »reduktionistische« Krisenwahrnehmung von Arbeitern. Zumindest in dem bislang publizierten ersten Untersuchungsbericht erfährt dieser Erklärungsstrang aber leider keine weiterführende Behandlung; dies scheint mir auch einer der Gründe zu sein, weshalb sie den Zonen von Arbeiterbewußtsein, die – quasi oberhalb individueller psychischer Dispositionen – solidarische Krisenreaktionen von innen, also von den Motiv- und Interessenlagen einzelnen Arbeitergruppen her blockieren, keine größere Beachtung schenken. – Führt man aber den hier im Ansatz vorliegenden Gedanken weiter und versucht, – statt »Prozesse der Benachteiligung am Arbeitsmarkt ausschließlich auf intensiviertere Konkurrenzbeziehungen zurückzuführen«<sup>25</sup> – den »Intra-Klassenkonflikten« auf die Spur zu kommen, so wird es geradezu zwingend, neben den betrieblichen auch die vielfältigen außerbetrieblichen Ungleichheits- und Ungerechtigkeits Erfahrungen in eine soziologische Analyse des Krisenbewußtseins von Arbeitern mit einzubeziehen.

Auf der einen Seite gibt es natürlich sehr plausible Gründe, sich, wie die Bremer Projektgruppe, von der Annahme leiten zu lassen, das grundlegende Moment arbeiterspezifischen Gesellschaftsverständnisses sei primär die »Lohnorientierung«, demgegenüber andere Momente, beispielsweise arbeitsinhaltliche Interessen – vor allem unter den Bedingungen der Krise – zurücktreten. Andererseits kann es m.E. aber durchaus so sein, daß gerade außerbetriebliche Deprivationserfahrungen den Krisenwahrnehmungen von Arbeitern eine klassenspezifische Färbung verleihen: Im Gegensatz zu Mitgliedern höherer sozialer Schichten, die die sozialen Folgen krisenhafter Wirtschaftsentwicklung nicht selten durch den Rückgriff auf einen gesicherten Vorrat an materiellen oder immateriellen Gütern überbrücken, zumindest aber abfedern können, sind Arbeiter und ihre Familien ja dem *kumulativen* Effekt der gegenwärtigen Krise voll ausgesetzt; bedroht sind eben nicht nur die Beschäftigungschancen überhaupt, sowie tarifliche und soziale Bestandteile der Lohneinkommen, Qualifikationen und die eigenen beruflichen Aufstiegschancen, sondern ebenso jenes mühsam errungene »Netz sozialer Sicherheit«, politische und gewerkschaftliche Partizipationsrechte, eine ausreichende medizinische Versorgung, die schulische und berufliche Zukunft der Kinder und vieles mehr. Für eine umfassende Diskussion der – möglicherweise »reduktionistischen« – Krisenwahrnehmung einzelner Arbeitergruppen erscheint es mir deshalb unverzichtbar, den Gesamtzusammenhang ihrer jeweils spezifischen Ungleichheits- und Ungerechtigkeits Erfahrungen nicht aus den Augen zu verlieren; der aber läßt sich m.E. nur auf der Ebene einer sozialpsychologischen Funktionsbestimmung erweiterter Klassentheorie verhandeln.

Um nämlich die subjektiven (wohlgemerkt nicht die psychischen) Sperren eines »realistischen« und umfassenden Krisenverständnisses und die durch sie vermittelten, gruppenspezifischen Vorbehalte gegen eine auf Vereinheitlichung und Egalisierung drängende »Kri-

senpolitik« der Gewerkschaften ein Stück weit erklären zu können, sind Kenntnisse über die Vielfältigkeit von Arbeitsarten, Qualifikationsniveaus, Dispositionsspielräumen, Belastungsgraden, Aufstiegschancen, Lohnhöhen und -formen sicher sehr wesentlich; sie bilden die quasi objektiven Unterscheidungslinien für klasseninterne Differenzierungsprozesse. Doch ohne eine – den gesamten Lebenszusammenhang der Betroffenen einbeziehende – Analyse normativ gesteuerter Orientierungsmuster begeben sich industriesoziologische Untersuchungen zur »objektiven Krisenbetroffenheit« nur allzu leicht der Chance, das gruppenspezifisch variierende Konflikt- und Handlungspotential einzelner Krisenerfahrungen ausfindig machen zu können. – An einem positiven Beispiel aus der »Krisenuntersuchung« des SOFI-Göttingen – die neben herkömmlichen Formen von Krisenbetroffenheit auch krisenbedingte Veränderungen im familiären Bereich miteinbezieht – soll diese Behauptung kurz erläutert werden: Ergebnisse dieser Studie zeigen, daß etwa ein krisenbedingter Abbau übertariflicher Lohnbestandteile für Band- und Maschinenarbeiter, die Überstundenverdienste als feste Einkommensbestandteile ihres Lebensstandards einzuplanen gewohnt waren, bereits »eine gravierende Reduzierung der bisherigen Konsum- und Ausgabemöglichkeiten« bedeutete; während für andere Gruppen, nämlich für die befragten Facharbeiter, der Wegfall von Überstundenverdiensten deswegen keine vergleichbar drastische Verschlechterung des gewohnten Lebensstandards mit sich brachte, weil bei diesen relativ besser verdienenden Arbeitergruppen Zusatzverdienste durch Überstunden auch schon vor der Krise »häufig keine notwendigen Bestandteile des Haushaltseinkommens gewesen sind«, sondern eher »zur Finanzierung solcher Güter und Dienstleistungen verwendet ( ) (wurden), die nach ihrem eigenen Verständnis »nicht unbedingt nötig« waren und den Charakter von »Luxus« gehabt hatten»<sup>26</sup>. – Aus diesem Beispiel läßt sich m.E. ersehen, in welch hohem Maße selbst Krisenerfahrungen auf der Ebene der »primären Lohnorientierung« (R. Zoll u.a.) nur durch den Filter gruppenspezifischer Sinngewinnungsprozesse hindurch Erfahrungs- und Handlungsrelevanz erhalten: Den einen mögen nämlich unter den Bedingungen der Krise – doch auf Basis einer im ganzen gesicherten materiellen Grundausstattung ihrer Haushalte und vielleicht auch im Vertrauen auf einen relativ »krisenfesten« Arbeitsplatz und/oder Weiterbeschäftigungschancen garantierenden beruflichen Qualifikationen – der Neuerwerb gewisser Güter und die Inanspruchnahme einiger Dienstleistungen bereits als entbehrlicher Luxus erscheinen. Für die anderen, die aufgrund ihrer geringen Qualifikationen, ihres vorangeschrittenen Alters oder einer bereits angegriffenen Gesundheit keine allzu optimistischen Zukunftschancen für sich erwarten, mag der durch den Wegfall von Zusatzverdiensten erzwungene Verzicht auf möglicherweise dieselben Güter und Dienstleistungen eine ganz andere Akzentuierung haben: Wem durch repetitive oder dequalifizierte Beschäftigungsbedingungen Selbstachtung und soziale Identität über den Erwerb und Einsatz erworbener Qualifikationen im Produktionsprozeß verwehrt ist, für den kann die Reduzierung seiner gleichsam kompensatorischen Respektabilitäts( = Konsum)möglichkeiten eine lebensgeschichtlich sehr gravierende Selbstwertminderung bedeuten.

Für Krisenuntersuchungen, die, wie die Bremer Studie, beabsichtigen, Interviews mit betroffenen Arbeitern »hermeneutisch« zu lesen, wäre – dem dienen die hier vorgebrachten Argumente – eine intensive Beschäftigung mit solchen gruppenspezifisch variierenden (sozialen) Selbstdeutungsmechanismen von Arbeitern äußerst nützlich; könnten sie doch möglicherweise den Nachweis erbringen, daß viele der »Abwehrformen«, mit denen Arbeiter auf Krisenphänomene reagieren, viel weniger individuellen psychischen Defiziten der

Realitätsverarbeitung geschuldet sind als dem kollektiven Selbstverständnis spezifischer »proletarischer Milieus«. Für eine auf den Verwendungszusammenhang von Gewerkschaftspolitik zielende Sozialforschung wäre diese Differenz wesentlich.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Gorz, A., *Abschied vom Proletariat*, Ffm 1980 und im Anschluß daran Hirsch, J., *Proletariat Adieu?*, in: »Links«, Nr. 122 (Sondernummer »Großer Ratschlag«), 1980, S. 21 - 24, sowie Jaeggi, U., Drinnen und draußen, in: Habermas, J. (Hg.), *Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit'*, Ffm 1979, Bd. 2, S. 443 - 473
- 2 Habermas, J., *Die Frankfurter Schule in New York*, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.13.8.1980
- 3 Ich argumentiere hier vor dem Hintergrund eines gemeinsam mit A. Honneth entworfenen Untersuchungskonzepts zur »Kulturellen Identität von Arbeiterjugendlichen«, (unveröff. Manuskript, Berlin, Juli 1981)
- 4 Vgl. Honneth, A., *Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft*, in: »Leviathan«, H. 3/4 1981 (im Erscheinen)
- 5 Kern, H. / Schuman, M., *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein*, Teil 1, Ff, 1970, S. 23
- 6 Hartmann, H., *Überblick über den Forschungsstand*, in: Bolte, K.M. (Hg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung*. Verhandlungen des 18. Dt. Soziologentages vom 28.9. - 1.10.1976 in Bielefeld, München 1977, S. 810
- 7 Vgl. Müller-Jentsch, W., *Neue Konfliktpotentiale und institutionelle Stabilität*, in: Matthes, J. (Hg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa*. Verhandlungen des 19. Dt. Soziologentages 17. - 20. April 1979, Ffm 1979, S. 185 - 205
- 8 Vgl. zum Folgenden Zoll, R. (Hg.), *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise*. Erster Untersuchungsbericht: Krisenbetroffenheit und Krisenwahrnehmung, Köln 1981
- 9 Vgl. zum weiteren Vorhaben der Gruppe ihren im Rahmen des Forschungsschwerpunktes »Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik« an der Universität Bremen vorgelegten Zwischenbericht 1980/81
- 10 Vgl. dazu den von H. Bents, H.B. Braune, B. Geißler, E. Neumann und R. Zoll für die SPD-Zeitschrift »Die Neue Gesellschaft« verfaßten und wiederabgedruckten Artikel der Projektgruppe in »Frankfurter Rundschau« vom 5.10.1981 sowie den Beitrag von H. Bents u.a. in diesem Heft
- 11 Zoll, R. (Hg.), a.a.O., S. 231
- 12 a.a.O., S. 163
- 13 Vgl. Anm. 11
- 14 Zoll, R. (Hg.), a.a.O., S. 231
- 15 Vgl. Anm. 5
- 16 Zoll, R. (Hg.), a.a.O., S. 126 - 132
- 17 a.a.O., S. 122 - 124
- 18 a.a.O., S. 141f.
- 19 In diese Richtung argumentiert zumindest Deutschmann, Ch., *Das konservative Moment der Gewerkschaftsbewegung*, in: Institut für Sozialforschung, *Gesellschaftliche Arbeit und Rationalisierung* (»Leviathan«-Sonderheft 4/1981), Opladen 1981, S. 164
- 20 Vgl. Heinze, R.G. u.a., *Sind die Gewerkschaften für alle da?*, in: Jacobi, O. u.a. (Hg.), *Moderne Zeiten - alte Rezepte*. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81, Berlin 1980, S. 62 - 77

- 21 Vgl. zur Aktualisierung des Weberschen Begriffs der »sozialen Schließung« Bendix, R., *Inequality and Social Structure: A Comparison of Marx and Weber*, in: *American Sociological Review* 39, 1974, S. 149 - 161 und Parkin, F., *Marxism and Class Theory: A Bourgeois Critique*, New York 1979
- 22 Heinze, R.G. u.a., *Armut und Arbeitsmarkt: Zum Zusammenhang von Klassenlagen und Verarmungsrisiken*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, H. 3, 1981, S. 230f.
- 23 Zoll, R. (Hg.), a.a.O., S. 29
- 24 a.a.O., S. 29f.
- 25 Heinze, R.G. u.a., a.a.O., S. 226
- 26 Deppe, W., *Arbeiter und Angestellte in der Krise: Betroffenheit, innerbetriebliche Erfahrungen, Krisenbewußtsein*, in: Braun, K.H. u.a. (Hg.), *Kapitalistische Krise, Arbeiterbewußtsein, Persönlichkeitsentwicklung*, Köln 1980, S. 110